

## „Massiver Schaden“ für Lünen“ WAZ 12.06.03.

Lünen. Für schädlich für die Stadt Lünen hält Daniel Wolski, Vorsitzender des Stadtverbandes der Juso-AG, das Verhalten der Bürgerinitiative Kontra-Kohle-Kraftwerk und der GfL:

„Der Juso-Stadtverband hat mit Erschrecken zur Kenntnis genommen, dass die BI Kontra Kohlekraftwerk immer noch versucht, der Stadt Lünen massiv zu schaden! Wir, die in Lünen aufgewachsen sind, können nicht verstehen, wie man von einer Luftbelastung über den Grenzwerten sprechen kann, denn wir alle leben noch und sind gesund. Durch den Wegfall der Schachtanlagen und die Verschärfung des Emissionsschutzes ist nach unserer Sicht die Luft in Lünen besser geworden! Wir fordern die BI und die GfL auf, die Bürger nicht in Panik zu versetzen und mit Schreckgespenstern den Unmut bei den Menschen und ihre Angst zu erhöhen! Derzeit macht sich die BI mit Verteilaktionen nicht nur im Luft- und Umweltschutz bekannt, sondern auch im Immobiliensektor. Sie wirbt um Spenden, die sie mit der Angst der Menschen erzielen will. Von bis zu 20 % Wertverlust, bei Häusern und Wohnungen, wird gesprochen und den Menschen falsche Daten vorgelegt.

Wir finden es unanständig, Menschen mit solch einer Flut von Post (die nicht einmal auf umweltverträglichem Papier gedruckt wurde) zu belästigen und ihnen Angst zu machen. Der Stadtverband der Jusos kann den Bürgern nur raten: Spendet nicht, denn das Geld verpufft und wird sinnlos ausgegeben! In unserer Stadt gibt es genug Einrichtungen genau wie Menschen die dieses Geld sinnvoller einsetzen könnten. Mich würde interessieren, ob Herr Kersebohm und die anderen Mitglieder der BI und GfL schon dabei sind, ihre Häuser und Wohnungen zu veräußern bevor diese ihren Wert verlieren.

Ein interessanter Hintergrund ist, dass alle Parteien seiner Zeit für die Errichtung des Kraftwerkes gestimmt haben, auch die Grünen, die in dem Rundschreiben ausgelassen wurden! Fest steht, das Kraftwerk wird gebaut und ist in Lünen willkommen mit oder ohne BI! Nun ist es langsam an der Zeit für die BI, die Niederlage einzugestehen und Meinungen, Recht und Gesetz, zu akzeptieren. Denn wer nur einen Arbeits- und Ausbildungsplatz verhindert, der versündigt sich an den kommenden Generationen.“